

AUSSPRACHE

Israels Beitrag zur Entwicklungshilfe

In einem interessanten Aufsatz in Nr. 5 1963 der *Gewerkschaftlichen Monatshefte* („Ausbildungshilfe wohin?“) bespricht *Heinz Dietrich Ortlieb* Wege der Fortbildungsförderung im Rahmen der Entwicklungshilfe für die jungen afrikanischen und asiatischen Staaten seitens europäischer Länder und insbesondere Deutschlands; er kommt dabei zu dem Ergebnis, daß der Weg, der in den letzten Jahren vor allem begangen worden sei, der des Ausländerstudiums in der Bundesrepublik selber, aus verschiedenen Gründen zu negativen Resultaten geführt habe. Vor allem sei es die andersartige Denkweise der ausländischen Studenten, ihre Sprachkenntnis und anderes mehr, die zu diesem Resultat geführt hätten; so ergebe sich die Frage, ob man nicht die Ausbildung zweckmäßiger in die Entwicklungsländer selber verlegen oder aber in Deutschland besondere Studienkollegs errichten solle, die die Veranstaltung von Spezialkursen für solche Studenten ermöglichen würden, andererseits aber auch als Lehrstätte für die ins Ausland zu entsendenden Fachleute dienen könnten.

Es ist, wie ich glaube, für alle diejenigen, die sich mit diesem zentralen Problem der Wirtschaftshilfe für die neuen Staaten zu beschäftigen haben (ein Problem, dessen Bedeutung weit über den engeren Zweck der eigentlichen Ausbildung hinausreicht, da in seiner Lösung ein entscheidender Schritt zur Überwindung der schicksalhaften Diskrepanz zwischen der „arrivierten“ Welt und den „zurückgebliebenen“ Völkern und Staaten zu erblicken ist), von Interesse, an Hand der Resultate, die auf der Grundlage einer intensiven Wirtschaftshilfe für diese Staaten während

einer längeren Epoche seitens *Israels* erzielt worden sind, mögliche Methoden, die hier anwendbar sind und die Aussichten zu ihrem Gelingen, von neuem und auch in Hinsicht auf eine entsprechende Tätigkeit europäischer Länder zu überprüfen.

Nach Veröffentlichungen der Israel-Regierung betrug die Zahl der Studierenden aus afrikanischen und asiatischen Ländern in Israel in den Jahren 1958 bis 1962 an Universitäten, technischen Hochschulen und besonderen Studienkollegs zirka 4500. Im selben Zeitraum waren über 800 israelische Fachleute und Experten in 39 Ländern Asiens und Afrikas als Wirtschaftsberater, in der Landwirtschaft, in Industrie und Handwerk, in der Jugendausbildung usw. tätig, und diese Zahlen steigern sich von Jahr zu Jahr.

Wie sich aus ihnen ergibt, hat man in Israel verschiedene Wege der Ausbildung und Wirtschaftshilfe beschritten. Erstens den der Ausbildung in Israel selber, aber nicht nur an den Universitäten, sondern in einer Vielfalt von Spezialkollegs, Sonderkursen und Seminaren, auch in privaten und vor allem genossenschaftlichen Betrieben verschiedener Art, oder in einer Kombination von Lehrkursen und beruflicher Ausbildung an Arbeitsplätzen; sie umfaßt eine große Anzahl von Fächern, beginnend mit der Ausbildung von ärztlichem, technologischem und Unterrichtspersonal, bis zu landwirtschaftlichem und handwerklichem Fachstudium, Heranbildung von Experten im Gewerkschafts- und Genossenschaftswesen, Jugendziehern, hauswirtschaftlicher und sanitärer Ausbildung speziell für Mädchen usw. Zweitens aber auch den der Entsendung von israelischen Fachleuten und Experten nach den Ländern Asiens und Afrikas; dieser Weg wurde von vornherein als eine Fortsetzung der Tätigkeit in Israel selbst angesehen, da sie zu meist zu dem Zweck erfolgte, den in Israel Ausgebildeten in ihrem Heimatland bei der Verwertung des Erlernten behilflich zu sein,

vor allem in denjenigen Zweigen der Ausbildung, die die Förderung der Landwirtschaft der Entwicklungsländer zum Ziel hat und sich mit so zentralen Fragen wie Siedlung und Umsiedlung von Bauern, Errichtung genossenschaftlicher Farmen, Förderung des Genossenschaftswesens in Absatz, Einkauf und Kredit, der Jugendausbildung für zivile und vormilitärische Zwecke beschäftigt. Man ging dabei von der Auffassung aus, daß in Ländern, in denen 80 bis 90 Prozent der Bevölkerung von primitiver Landwirtschaft leben, nicht die Universitätsausbildung primär nötig sei (auch sie kommt für eine gewisse Zahl von Fachleuten, Ärzte, Ingenieure, Lehrer usw. in Betracht), sondern eine Ausbildung, die in erster Reihe die Förderung der primären und sekundären Stadien der Wirtschaft, und vor allem der Landwirtschaft, zur Aufgabe hat.

In erster Reihe ist es das *Afro-Asian Institute for Labour Studies and Cooperation* in Tel Aviv, das 1960 auf Grund der Erfahrungen, die auf diesem Gebiet in einer Reihe von vorangehenden Seminaren und Kursen gemacht worden waren, seitens der „Allgemeinen Arbeiterorganisation Israels“ (*Histadruth*) gegründet wurde, das auf diesem Gebiet Hervorragendes geleistet hat und als Schulbeispiel für ein „Sonderkolleg“, wie es Prof. *Ortlieb* vorschwebt, gelten kann, zumal die Lehrkräfte vielfach aus Universitätskreisen kommen.

Der Gedanke, ein solches Institut zu gründen, entstand als Folge der vielen Besuche einzelner und ganzer Gruppen aus Asien und Afrika, die aus erster Hand erfahren wollten, wie es Israel gelungen sei, die schweren wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Probleme, vor denen es stand und steht, besonders in Fragen der Einwandererintegration, der landwirtschaftlichen Siedlung sowie auf Gebieten des Gewerkschafts- und Genossenschaftswesens (aktuelle Fragen in allen neuen Ländern) zu lösen. Die Lehrfächer umfassen: Siedlungsprobleme und Ansiedlungspolitik, Gewerkschafts- und Genossenschaftswesen, Arbeiterbewegung, Sozialpolitik und Versicherung, Volkswirtschaftslehre, Wirtschaftsgeographie usw. Die Kurse dauern zwischen 6 bis 12 Monaten und schließen praktische Arbeit in Institutionen und Siedlungen unter fachmäßiger Anleitung ein; in immer steigendem Maße wird die praktische Selbstarbeit und Tätigkeit ausgedehnt. Bis Ende 1962 haben insgesamt 593 Schüler aus 51 Ländern diese Kurse, die in Englisch und Französisch in getrennten Kursen abgehalten werden, besucht. Zum Gelingen der Kurse hat in hohem Maße beigetragen, daß die Schüler dieser Kurse eine zureichende Schulvorbildung sowie eine gewisse Praxis im Dienste der Gewerkschafts- oder Genossenschaftsbewegungen ihres Heimatlandes haben müssen und durch die betreffenden Organisationen vorgeschlagen

werden; für die Universitätsausbildung ist natürlich Gymnasialvorbildung erforderlich.

Die Ziele der Ausbildung in diesen Kursen des Instituts sind die folgenden: Erziehung von Fachleuten und führenden Kräften für die Arbeiter-Genossenschaftsbewegungen; Einführung in die Praxis und Theorie der gewerkschaftlichen und genossenschaftlichen Arbeit, speziell in der Landwirtschaft, sowie in die organisatorischen und gesellschaftlichen Grundlagen der neuartigen Form der Arbeit und des Zusammenlebens, wie sie sich in Israel in den 600 landwirtschaftlichen Kibbuzim und Moschavim sowie in städtischen Kollektiven verschiedener Art seit sechzig Jahren entwickelt haben; gerade diese Probleme, die an Grundfragen der Neugestaltung des Lebens in allen diesen Ländern rühren, bilden einen Zentralpunkt der Anziehungskraft, die Israel auf so viele Menschen aus diesen Ländern heute ausübt.

So wichtig die Tätigkeit des Afro-Asian Institutes auf dem Gebiet der Entwicklungshilfe seitens Israels ist, so stellt sie doch keineswegs die einzige Form dar, in der heute die Ausbildung von Menschen aus Asien und Afrika in Israel erfolgt. Die Universität und die Technische Hochschule nehmen in steigendem Maße Studenten aus diesen Ländern auf und bereiten sie in medizinischen oder technischen Sonderkursen auf das reguläre Studium vor, um sie dann in die üblichen Kurse einzureihen, oder veranstalten für sie von vornherein Parallelkurse (aus sprachlichen Gründen). In gewerblichen Fortbildungsschulen oder in den Schulen, die in erster Reihe für die Ausbildung von jüdischen Immigrantenkindern nach Israel eingerichtet worden sind (Institutionen der sogenannten „Jugendimmigration Organisation“, die 1933 gegründet wurde), werden in immer höherem Maße neuerdings auch Jugendliche aus diesen Ländern für längere oder kürzere Zeit ausgebildet; auch die Frauenorganisationen Israels sind mit Erfolg bemüht, auf diesem Gebiet tätig zu sein. Nicht weniger bedeutsam aber ist die Tätigkeit der Fachleute, die, aus Israel kommend, auf den verschiedensten Gebieten *in asiatischen und afrikanischen Ländern selbst tätig sind.*

Vor allem sei hier die überaus schwierige Aufgabe erwähnt, die darin besteht, bei der Herausbildung neuer modernerer Formen landwirtschaftlicher Arbeit und Siedlung in diesen Ländern auf der Grundlage der israelischen Erfahrungen beratend oder führend mitzuwirken, ohne daß das in Israel erfolgreich entwickelte sklavisch nachgeahmt wird, sondern um der einheimischen Bevölkerung zu helfen, *ihren eigenen Weg*, angepaßt den besonderen Bedingungen jedes Landes, zu finden; denn es ist heute allgemein anerkannt, daß nur, wenn es gelingt, die Landwirtschaft in diesen Ländern so umzugestalten, daß sie imstande

ist, einen erheblichen Teil der Bevölkerung ausreichend zu ernähren, es möglich sein kann, die unheilvolle Spannung zwischen entwickelten und unentwickelten Ländern zu überwinden; dies ist in hervorragendem Maße (natürlich nicht nur) ein Problem der *Ausbildung*, so daß dieser Art von Ausbildungshilfe zentrale Bedeutung zukommt.

Wenn wir nun, zum Abschluß dieser kurzen Skizze, zu gewissen *Folgerungen* für die Gestaltung der Entwicklungshilfe für diese Länder in Deutschland, und generell in Europa, auf Grund der Erfahrungen in Israel, kommen wollen, so ist es vielleicht angebracht, mit ein paar Worten darauf einzugehen, warum gerade in Israel, selbst einem kleinen „neuen“ Lande, das noch im Stadium der Entwicklung angesichts großer Schwierigkeiten von innen und außen her steht, diese Tätigkeit auf dem Gebiet der Entwicklungshilfe einen relativ so bedeutenden Umfang angenommen und solche Erfolge aufzuweisen hat. Offensichtlich sind in Israel in dieser Hinsicht Vorbedingungen vorhanden, die nicht ohne weiteres auf Europa übertragen werden können, so wie andererseits die Situation in Israel sich auch nicht unmittelbar und in derselben Form auf Afrika und Asien übertragen läßt.

Weniger die geographische Lage ist es, die hier entscheidet (Entfernungen haben im Zeitalter der Jets an Bedeutung verloren), als die Tatsache, daß Israel selbst ein Entwicklungsland war und ist, das aus eigener Kraft viele Jahre hindurch neuartige Formen der Siedlung entwickelt hat, auf die hier einzugehen nicht der Platz ist.¹⁾ Es sind recht eigentlich diese neuartigen Formen der Siedlung und des Zusammenlebens, die vor allem in der israelischen Landwirtschaft entwickelt wurden, die planmäßige Gestaltung der Wirtschaft und speziell der Landwirtschaft sowie die neuartige Form der Verbindung von Gewerkschafts- und Genossenschaftseinrichtungen in einer Einheitsorganisation, die eine so große Anziehungskraft auf so viele Menschen, die aus den alt-neuen Ländern Asiens und Afrikas und neuerdings auch aus Lateinamerika kommen, ausüben.

Es ist nun klar, daß die Vorbedingungen für eine solche Arbeit in den europäischen Ländern ganz anders liegen. Offenbar ist es kein Zufall, daß *Ortlieb* unter „Entwicklungshilfe in Deutschland“ ausschließlich, oder im wesentlichen, die Ausbildung auf Universitäten (eventuell in besonderen Studiengruppen) versteht. Mir erscheint, daß das Bedürfnis nach auf Hochschulen ausgebildeten Menschen für Entwicklungsländer verständlicherweise nur gering ist (sieht man von bereits entwickelteren Ländern, wie Indien, ab),

1) Siehe zu diesem Punkt meinen Aufsatz in der „Zeitschrift für Politik“, Heft 3/1961: Politik und Wirtschaft Israels im Brennspeigel der Neugestaltung des Asio-African Continents.

so daß sich die Frage erhebt, ob nicht auch in Europa das Hauptgewicht der Ausbildung darauf gerichtet sein sollte, Fachkräfte für Landwirtschaft, Gewerkschaft und Genossenschaftswesen, ferner Jugendliche und ungelernete oder halb angelernte Arbeiter in speziell ausgewählten und spezifischen Fächern in Handwerk und Industrie auszubilden.

Wie dem auch sei, die Größe des Problems und die schicksalhafte Bedeutung der Entwicklung in Asien und Afrika für die ganze Welt macht eine Diskussion dieser Probleme auf Grund der vorliegenden Erfahrungen zur dringenden Notwendigkeit — vor allem aber gesteigerte Tätigkeit und Anstrengung, um diesen Zweig der Entwicklungshilfe zu fördern.
Prof. Dr. Walter Preuss, Tel Aviv

Neue Wege suchen!

In seinem neuen Grundsatzprogramm fordert der DGB die Verwirklichung des Rechtes auf Selbstbestimmung auch für das deutsche Volk. Die große Frage bleibt nach wie vor: Wie verwirklichen wir dieses Recht? Mehr als 14 Jahre tüfteln wir nun schon an diesem Problem herum, ohne seiner Lösung auch nur einen Schritt nähergekommen zu sein. Im Gegenteil, wir haben uns von ihr immer weiter entfernt und werden uns mit Sicherheit noch weiter entfernen, wenn an der bisherigen Politik und an den bisherigen Methoden, die sich als ungeeignet erwiesen haben, festgehalten wird.

Das sollten wir erkennen und in der Diskussion um das neu zu schaffende Aktionsprogramm berücksichtigen, wenn es darum geht, die Grundsätze zu konkretisieren und Wege zu ihrer Lösung aufzuzeigen. Es wäre zwecklos und überflüssig, wollte man in der Deutschlandfrage die alten Formeln wiederholen. Eine Zeitlang mögen sie noch glaubhaft gewesen sein, jetzt nicht mehr. Jetzt ist es an der Zeit, an den überholten Tabus zu rütteln und nach neuen Wegen und Methoden bei der Überwindung der deutschen Spaltung zu suchen. Der Prozeß der Umorientierung ist bereits im Gange. Wer genau hinhört, wird feststellen, daß in allen großen Parteien die Aufgeschlossenheit gegenüber neuen Überlegungen und Vorschlägen wächst. Das Berliner Passierscheinabkommen darf durchaus als erster praktischer Schritt gewertet werden, auf neue Weise an die Lösung der schwierigen Probleme heranzugehen.

Der DGB sollte auch hier bahnbrechend mitwirken und sich nicht scheuen, die „heißen Eisen“ anzupacken. Er muß dann zwar damit rechnen, daß die konservativen Kreise Zeter und Mordio schreien, ihm das Recht absprechen, zu diesem Problem Stellung zu neh-

men, und ihn auch sonst zu verunglimpfen versuchen, aber was macht's, er kann dafür das große Verdienst für sich beanspruchen, an der Auflockerung der erstarrten Fronten mitgewirkt zu haben.

Was heißt „neue Wege und Methoden“ suchen? In erster Linie geht es um ein Neudurchdenken des Verhältnisses zum ostdeutschen Staat. Während die bisherige Politik davon ausging, die offiziellen Kontakte nach „drüben“ auf ein Mindestmaß zu reduzieren, sollte man jetzt, wenn schon nicht ein Höchstmaß, so doch zumindest eine Vielzahl von Kontakten anstreben. Zur Zeit gibt es Kontakte auf dem Sektor der Verkehrsplanung, der Rechtsbeihilfe, des Handels, des Sports usw. Neue Berührungspunkte ließen sich auf dem Gebiet der Kultur und des Reiseverkehrs finden, bestehende Beziehungen und der Handel könnten außerdem intensiviert werden. Denkbar wäre auch eine Vereinbarung zur Beschränkung des Rüstungswettlaufs in beiden Teilen Deutschlands (welch ein Segen wäre das für die Menschen hier wie drüben!).

Gewiß, selbst wenn diese Maßnahmen verwirklicht werden sollten, wäre die Wiedervereinigung noch nicht in greifbarer Nähe — dazu ist das Problem viel zu kompliziert —, aber sicher ist zumindest, daß damit der Prozeß des weiteren Auseinanderlebens aufgehalten wird und die Voraussetzungen für weitergehende Lösungen geschaffen werden. Mit der Politik des Alles oder Nichts ist es nicht mehr getan — diese von *Willy Brandt* geprägten Worte sollte man allen jenen entgegenhalten, die an der erfolglosen alten Politik festhalten und ihre Aufgabe darin sehen, den vorwärtsweisenden Kräften Knüppel zwischen die Beine zu werfen.

Zwangsläufig kommt die Gretchenfrage: Wie hältst du es mit der Anerkennung des *Ulbricht-Regimes*? Man sollte sich nicht verwirren lassen und erkennen, daß es sich hier um eine Fangfrage handelt. Der Haken liegt im Wort „Anerkennung“. Was heißt Anerkennung? Das Regime anerkennen (gutheißen) oder anerkennen (nüchtern erkennen), daß es ohne Kontakte und Beziehungen zu ihm nicht geht. Wenn Anerkennung im Sinne des letzteren verstanden wird, muß man darauf verweisen, daß die Bundesregierung nie aufgehört hat, das Regime „anzuerkennen“. So zweideutig sind die Tabus, die uns in geistige Fesseln schlagen sollen und die jedes abweichende Denken zu einem Risiko werden lassen.

Vor Jahren hatte die IG Druck und Papier einmal den Beschluß gefaßt, so etwas wie eine Studienkommission in den anderen Teil Deutschlands zu schicken; auch dieses Vorhaben scheiterte unter dem Druck des allgegenwärtigen Konformismus. Sollten der DGB und die ihm angeschlossenen Gewerkschaften diesen Gedanken nicht wieder auf-

greifen? Wenn nach dem Nutzen eines solchen Schrittes gefragt wird, sollte man antworten: Allein schon die Tatsache, daß wieder miteinander gesprochen wird, könnte dazu dienen, gewisse Vorurteile abzubauen, übermäßige Härten und Gegensätze zu mildern und die gegenseitige Verteufelung einzustellen.

Bisher wurde nur immer geredet, geredet und geredet. Wann wird endlich einmal etwas getan?

Kurt Schacht, Hamburg